

## Kantonsrat warnt Spitäler vor Hackern

Der Kantonsrat fordert die Spitäler auf, ihren Datenschutz zu verbessern. Anlass für die Ermahnung war die Beratung der Jahresberichte von Unispital und Kantonsspital Winterthur (KSW) gestern im Rat. Die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit hatte sich letztes Jahr speziell um das Thema gekümmert und sich auch mit dem Datenschutzbeauftragten des Kantons Zürich ausgetauscht. Dieser stellte fest, dass sich die beiden kantonalen Betriebe zwar besser gegen Hackerangriffe schützen als der Durchschnitt der Zürcher Spitäler; doch gebe es weiterhin diverse Mängel, und die Verantwortlichen würden die Risiken noch zu wenig ernst nehmen.

Für Astrid Gut (BDP, Wallisellen) ist es «erschreckend, wie ungenügend Spitäler vor Hackern geschützt sind». Bettina Balmer (FDP, Zürich) zitierte im Rat eine Masterarbeit, wonach der Schutz gegen aussen relativ gut sei, die internen Netzwerke hingegen so löchrig wie ein Schweizer Käse. Die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit empfiehlt den Spitälern, den Zürcher Datenschützer beizuziehen und dessen Tipps umzusetzen. Laut Esther Guyer, (Grüne, Zürich) macht der Datenschützer vertiefte Abklärungen, die bis zu drei Wochen dauern können, «und das erst noch kostenlos».

Im Übrigen gab es vor allem Lob für die kantonalen Spitäler. Fast alle Fraktionssprecherinnen anerkannten die gute Arbeit in den beiden Betrieben, die ihre Patientenzahlen steigern konnten und Gewinne erzielten: das Unispital 88 Millionen (dank Sondereffekten), das KSW 30 Millionen Franken. Die Eigenkapitalquote liegt im Universitätsspital nun bei 31 Prozent, im Kantonsspital Winterthur bei 49 Prozent. Speziell positiv vermerkt wurde die hohe Ausbildungsquote von 16 Prozent im KSW. (an)

Anzeige

Publireportage: Routinierte Verkehrsteilnehmende bilden sich weiter

**Gesehen & gehört** Warum eine Gebärdendolmetscherin im Ratssaal war. Und wie Verlierer und Sieger auf die Abstimmung reagieren. Von *Liliane Minor*

## Chinesische Abstimmungszettel und ein T-Shirt mit Lorbeerkranz

Es war ein ungewohntes Bild gestern im Rathaus: Mitten im Saal stand eine Gebärdendolmetscherin, welche live die Kantonsratsdebatte übersetzte. Grund: Gehörlosen-Organisationen übergaben Ratspräsidentin **Karin Egli** (SVP) eine Petition, in der sie fordern, dass politische Informationen wie die Abstimmungszeitung künftig in die Gebärdensprache übersetzt und als Video publiziert werden. Warum, das erklärt **Andreas Janner** von der Stiftung «Sichtbar - Gehörlose Zürich» so: «Die Schriftsprache ist für uns eine Fremdsprache mit einer ganz anderen Grammatik als unsere eigene Gebärdensprache. Für uns ist es sehr schwierig, differenzierte Inhalte wie etwa eine Abstimmungsbroschüre in Schriftsprache zu verstehen.» Als Symbol überreichte Janner Egli die Stimmzettel vom Wochenende - ins Chinesische übersetzt.

Egli hat Verständnis für das Anliegen, wie sie sagt. Sie ist kürzlich an einer Veranstaltung vor einem gehörlosen Publikum aufgetreten und wollte als Zeichen des Respekts die Zuhörer in Gebärdensprache begrüssen, stellte aber ernüchtert fest: «Das ist so kompliziert, dass ich den Versuch aufgegeben habe.»

\*

Ernüchtert war gestern auch **Esther Guyer**. Die Fraktionschefin der Grünen sass blass und «tuuch» in ihrer Bank: «Da war ich die ganze letzte Woche krank und dann dieser Sonntag. Das

gibt mir echt den Bogen!» Ihr Fazit: «Die AfD ist überall.»

Ganz so entgeistert war **Nik Gugger** nicht - obwohl der Noch-EVP-Kantonsrat am Sonntag auch auf der Verliererseite stand. Gugger hat am nächsten Montag seine letzte Ratssitzung, bevor er nach Bern in den Nationalrat wechselt. «Ich orientiere mich an Bundesrat **Alain Berset**», sagt Gugger. Das heisst: «Jetzt gilt es erst recht, zu unserer Haltung zu stehen.»

\*

Zum Gesagten stehen: Genau das fiel **Jürg Trachsel** am Sonntag und gestern schwer. Der SVP-Fraktionschef hatte zehn Tage vor der Abstimmung über den Sozialhilfe-Stopp für vorläufig Aufgenommene angekündigt, die eigene Vorlage nachzubessern, damit den Gemeinden keine Mehrkosten entstünden. Darauf angesprochen, sagte er gestern, er lasse sich auf diese Ankündigung nicht festnageln. Sowieso liege die Betonung auf dem Wort «allenfalls»: «Die Gemeinden müssen erst belegen, dass sie Mehrkosten haben - was ich nicht glaube.»

Seine bürgerlichen Ratskollegen halten sowieso nicht viel von einer Nachbesserung. CVP-Fraktionschef **Philipp Kutter** fand den Zeitpunkt von Trachsels Ankündigung etwas «gspässig»; gefragt sei nun vor allem Sicherheitsdirektor **Mario Fehr**, der die Vorlage «gemeindefreundlich und human» umsetzen müsse. Auch die FDP sieht keinen Handlungsbedarf:

«Wenn Jürg Trachsel glaubt, es müsse etwas getan werden, kann er auf uns zukommen», sagt Fraktionschef **Thomas Vogel**. Sorgen, dass die Anliegen der Gemeinden in der FDP zu kurz kommen, hat er nicht: «Nicht, solange **Jörg Kündig** in unseren Reihen sitzt.» Kündig ist Präsident des Gemeindepräsidentenverbands.

Und was sagt **Claudio Schmid**, einer der entschiedensten Promotoren des Sozialhilfe-Stoppes, zum Vorschlag seines Fraktionschefs? Kurz und klar: «Das war nie vorgesehen.» Schmid liess sich im Übrigen als Sieger von gestern feiern - sein Fraktionskollege **Stefan Schmid** überreichte ihm ein T-Shirt, auf dem ein Lorbeerkranz aufgedruckt ist, darin steht: «24. 9. 2017 Abschaffung Sozialhilfe Asyl-F. Niederglatt bedankt sich mit 82,83%.» Was Esther Guyer zum bissigen Kommentar verleitete: «Der lässt sich prämiieren wie eine Kuh.»

\*

Schmid, wie immer in Hemd und Schlips, zog das Shirt nicht an. Dafür fiel ein anderer wegen seiner Kleidung auf: **Thomas Marthaler** (SP), sonst eher der T-Shirt-Träger, kam ebenfalls in Hemd und Sakko. Nach dem Sonntag gebe es zwar wenig zu feiern, fand Marthaler - aber am Nachmittag und am Abend lud Karin Egli zum traditionellen gesellschaftlichen Anlass des Kantonsrats in ihre Heimatgemeinde Elgg. «Dafür kann man sich schon mal in ein Hemd werfen», so Marthaler.

## Kantonsrat

### Solarstrom für Kantonsschule

Der Neubau der Kantonsschule Büelrain in Winterthur soll eine Fotovoltaik-Anlage erhalten. Das hat das Kantonsparlament gestern mit 121 zu 53 Stimmen beschlossen, indem es ein dringliches Postulat von Grünliberalen, CVP und BDP guthies; dagegen war nur die SVP - aus formalen Gründen, wie ihr Sprecher betonte. Der Regierungsrat hatte die Solaranlage zuerst als unnötig befunden, weil das Schulhaus auch ohne diese den Minergie-P-eco-Standard erfüllen wird und Fernwärmestrom aus der KVA bezieht. Dennoch war der Regierungsrat nun bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Eine Prüfung ergab, dass die Anlage «knapp wirtschaftlich» sei, sagte Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP). Auch braucht es deswegen keinen Zusatzkredit. Der Neubau kostet 60 Millionen, er ersetzt die über 50-jährigen Pavillons. Die Kantonsschule wird künftig rund 13 Prozent ihres Strombedarfs mit Sonnenenergie decken. (an)

### Mehr Personalfälle für Ombudsmann

23 Prozent aller Fälle, welche Ombudsmann Thomas Faesi und sein Team 2016 behandelten, waren Beschwerden aus selbstständigen Betrieben des Kantons, zum Beispiel der Sozialversicherungsanstalt, der Universität oder dem Unispital. Das sind 2 Prozent mehr als im Vorjahr. «Diese Tendenz gefällt uns nicht», sagte Dieter Kläy (FDP, Winterthur) bei der Beratung des Jahresberichts gestern im Kantonsrat. Mitarbeitende sollten sich, so Kläy, in erster Linie an ihre Vorgesetzten wenden, und diese sollten ihre Verantwortung wahrnehmen. Markus Bischoff (AL, Zürich) hatte sich als Mitglied der Geschäftsleitung des Kantonsrats vertieft mit der Arbeit der Ombudsstelle auseinandergesetzt und stellte fest: «Ausserhalb der Zentralverwaltung macht der Umgang mit dem öffentlichen Personalrecht offenbar Mühe.» Der Rat genehmigte den Jahresbericht ohne Gegenstimme. (an)